

Inhaltsübersicht

A. Einführung ins Thema	21
I. Gegenstand der Untersuchung	25
II. Grundlagen der Besteuerung der öffentlichen Hand	27
1. Wirtschaftlicher Hintergrund	28
2. Effizienzgründe	30
3. Fiskalische Gründe im Rahmen der Finanzverfassung	31
B. Die historische Entwicklung der Besteuerung der öffentlichen Hand und des horizontalen Querverbundes	33
I. Deutsches Kaiserreich zw. 1871 und 1918/19	33
1. Ertragsteuerliche Behandlung des deutschen Kaiserreichs	34
2. Ertragsteuerliche Behandlung der Einzelstaaten	35
3. Umsatzsteuerliche Behandlung des deutschen Kaiserreichs und der Einzelstaaten	39
4. Fazit	42
II. Weimarer Republik zw. 1918/19 und 1933	43
1. Ertragsteuerliche Behandlung der Weimarer Republik	44
2. Das Körperschaftsteuergesetz von 1920	44
3. Die körperschaftsteuergesetzlichen Regelungen und Hintergründe von 1921 bis 1925	52
4. Das Körperschaftsteuergesetz von 1925	56
III. Die Zeit des Nationalsozialismus zw. 1933 und 1945	72
1. Das Körperschaftsteuergesetz von 1934	74
2. Die Wettbewerbs- und Gleichheitsargumentation	100
3. Fazit	103
IV. Die Bundesrepublik Deutschland in der Zeit 1949 bis heute	105
1. Die Betriebe gewerblicher Art in der Zeit zw. 1949 und 1954	106
2. Das Körperschaftsteuergesetz von 1955	111
3. Das Körperschaftsteuergesetz von 1977	115
4. Die Auswirkungen der Einführung des Halbeinkünfteverfahrens im Jahre 2001 auf die Tatbestände des Betriebs gewerblicher Art	155
5. Fazit	178
V. Thesenförmige Zusammenfassung der historischen Entwicklung	180

C. Eine vergleichende Darstellung der aktuellen Regelungen im horizontalen und vertikalen Querverbundsystem	185
I. Wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand in Form von Betrieben gewerblicher Art oder Eigenesellschaften	189
1. Regiebetriebe als Betriebe gewerblicher Art	190
2. Eigenbetriebe als Betriebe gewerblicher Art	192
3. Eigenesellschaften	195
II. Die Terminologie und Wirkungsweise des Querverbundes	202
III. Die neuen horizontalen Querverbundregelungen des § 4 Abs. 6 KStG und seine Rechtsfolgen	203
1. Historische Entwicklung	205
2. Zusammenfassung gleichartiger Betriebe gewerblicher Art	210
3. Zusammenfassung aufgrund einer engen wechselseitig technisch-wirtschaftlichen Verflechtung von einigem Gewicht	217
4. Zusammenfassung von Versorgungs- und Verkehrsbetrieben	223
5. Kettenmodelle und Mitschlepptheorie	226
6. Unzulässige Zusammenfassungsformen	231
7. Einbringung von Betrieben gewerblicher Art in eine Eigenesellschaft der juristischen Person des öffentlichen Rechts	235
8. Rechtsfolgen der Zusammenfassung im horizontalen Querverbund	238
9. Fazit	245
IV. Der vertikale Querverbund und seine Rechtsfolgen	246
1. Einlagemodelle	248
2. Die körperschaftsteuerliche Organschaft	268
V. Differenzierungen zwischen dem horizontalen und vertikalen Querverbund ...	299
VI. Dauerdefizitäre Betätigungen und deren einschlägige Rechtsfolgen	302
1. Dauerdefizitäre Betätigung	304
2. Ausschlussgründe bei Dauerverlustgeschäften durch Betriebe gewerblicher Art	307
3. Ausschlussgründe bei Eigenesellschaften – 1. und 2. Alternative	313
4. Rechtsfolgen und Ergebnis des § 8 Abs. 7 KStG	318
5. Spartentrennung i.S.d. § 8 Abs. 9 KStG	320
VII. Wahlrechte im Sinne der §§ 4 Abs. 6 und 14 KStG	327
1. Stichtag der Wahlrechtsausübung durch § 4 Abs. 6 KStG	329
2. Wahlrecht der Zusammenfassung i.S.d. § 4 Abs. 6 KStG	330
3. Wahlrechtsausübung bei der Trennung von zusammengefassten Betrieben gewerblicher Art	332
4. Wahlrechte innerhalb der ertragsteuerlichen Organschaft	335
5. Ergebnis der Ausübungswahlrechte	341
VIII. Thesenförmige Zusammenfassung des Vergleichs der horizontalen und vertikalen Querverbundsysteme – de lege lata	342
D. Thesenförmiger Ausblick mit Reformvorschlägen – de lege ferenda	346

Literaturverzeichnis	350
Sachverzeichnis	361

Inhaltsverzeichnis

A. Einführung ins Thema	21
I. Gegenstand der Untersuchung	25
II. Grundlagen der Besteuerung der öffentlichen Hand	27
1. Wirtschaftlicher Hintergrund	28
2. Effizienzgründe	30
3. Fiskalische Gründe im Rahmen der Finanzverfassung	31
B. Die historische Entwicklung der Besteuerung der öffentlichen Hand und des horizontalen Querverbundes	33
I. Deutsches Kaiserreich zw. 1871 und 1918/19	33
1. Ertragsteuerliche Behandlung des deutschen Kaiserreichs	34
2. Ertragsteuerliche Behandlung der Einzelstaaten	35
3. Umsatzsteuerliche Behandlung des deutschen Kaiserreichs und der Einzelstaaten	39
4. Fazit	42
II. Weimarer Republik zw. 1918/19 und 1933	43
1. Ertragsteuerliche Behandlung der Weimarer Republik	44
2. Das Körperschaftsteuergesetz von 1920	44
a) Die subjektive Steuerpflicht des § 1 KStG	46
b) Die subjektiven Steuerbefreiungen des § 2 KStG	47
c) Die Wettbewerbs- und Gleichheitsargumentationen	49
d) Fazit	51
3. Die körperschaftsteuergesetzlichen Regelungen und Hintergründe von 1921 bis 1925	52
4. Das Körperschaftsteuergesetz von 1925	56
a) Die subjektive Steuerpflicht des § 2 KStG	58
(1) Betriebe und Verwaltungen von Körperschaften des öffentlichen Rechts	60
(a) Verwaltung	61
(b) Betrieb	62
(2) Öffentliche Betriebe und Verwaltungen mit eigener Rechtspersönlichkeit	63
(3) Gleichgestellte Unternehmungen i.S.d. § 2 S. 2 KStG	63

(4) Tätigkeitskreise und Einkünfte der Betriebe, Verwaltungen und deren gleichgestellte Unternehmungen i.S.d. § 2 S. 2 KStG	64
b) Die subjektive Steuerbefreiung des § 9 KStG	68
c) Die Wettbewerbs- und Gleichheitsargumentationen	69
d) Fazit	70
III. Die Zeit des Nationalsozialismus zw. 1933 und 1945	72
1. Das Körperschaftsteuergesetz von 1934	74
a) Die subjektive Steuerpflicht des § 1 Abs. 1 Nr. 6 KStG	76
b) Die Termini Körperschaften des öffentlichen Rechts und Betriebe ge- werblicher Art	78
(1) Körperschaft des öffentlichen Rechts	78
(2) Betrieb gewerblicher Art	80
c) Die Bestimmungen zum Betrieb gewerblicher Art der Ersten KStDVO 1935	81
(1) Die besondere wirtschaftlich herausgehobene Tätigkeit und Selbst- ständigkeit der Einrichtung	82
(2) Nachhaltige wirtschaftliche Tätigkeit	85
(3) Einnahmeerzielungs- und keine Gewinnerzielungsabsicht	86
d) Verpachtung von Betrieben gewerblicher Art im Sinne der Ersten KStDVO 1935	89
e) Versorgungsbetriebe im Sinne der Ersten KStDVO 1935	92
f) Hoheitsbetriebe im Sinne der Ersten KStDVO 1935	97
2. Die Wettbewerbs- und Gleichheitsargumentation	100
3. Fazit	103
IV. Die Bundesrepublik Deutschland in der Zeit 1949 bis heute	105
1. Die Betriebe gewerblicher Art in der Zeit zw. 1949 und 1954	106
a) Zusammenfassung von kommunalen Eigenbetrieben	106
b) Zusammenfassung von Betrieben gewerblicher Art	107
c) Die Wettbewerbs- und Gleichheitsargumentation	110
2. Das Körperschaftsteuergesetz von 1955	111
a) Wettbewerbs- und Gleichheitsgrundsatz	112
b) Änderung des § 1 Abs. 1 Nr. 6 HS. 2 KStG 1955 unter Verweis auf Art. 80 GG	113
3. Das Körperschaftsteuergesetz von 1977	115
a) Die verwaltungsrechtliche Anpassung des Wortlauts des § 1 Abs. 1 Nr. 6 KStG 1977	119
b) Die neuen und alten Regelungen des § 4 KStG 1977	120
(1) Die Begründung des Gesetzgebers für den Wandel von der KStDV 1969 hin zum § 4 KStG 1977	121

(2) Die Einrichtung und deren wirtschaftliches Herausheben aus der Gesamtbetätigung	123
(3) Einnahme- und keine Vorteilserzielungsabsicht	127
(4) Keine land- und forstwirtschaftliche Tätigkeit	128
(5) Keine Teilnahme am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr	130
(6) Die Zusammenfassungsgrundsätze von Betrieben gewerblicher Art ..	132
(a) Gleichartigkeit	134
(b) Enge wechselseitige technisch-wirtschaftliche Verflechtung	137
(c) Die Zusammenfassung von Versorgungsbetrieben	139
(d) Die Problematik der Zusammenfassung mit Hoheitsbetrieben	143
(7) Die Wettbewerbs- und Gleichheitsargumentation	145
(a) Tatbestandsmäßige Wettbewerbs- und Gleichheitsargumentationen	147
(aa) Wortlautänderung des § 1 Abs. 1 Nr. 6 KStG	147
(bb) Einführung eines negativen Abgrenzungsmerkmals zum Gewerbebetrieb	148
(cc) Abgrenzung anhand betragsmäßiger Grenzen	148
(dd) Land- und forstwirtschaftliche Tätigkeit	150
(ee) Zusammenfassung von BgA	151
(b) Ungleichbehandlung aufgrund der falschen Anwendung des Regelausnahme-Prinzips	154
4. Die Auswirkungen der Einführung des Halbeinkünfteverfahrens im Jahre 2001 auf die Tatbestände des Betriebs gewerblicher Art	155
a) Das StSenkG 2001 und die beschränkte Steuerpflicht der Trägerkörperschaft eines Betriebs gewerblicher Art	156
(1) § 20 Abs. 1 Nr. 10 lit. a EStG – eigene Rechtspersönlichkeit	157
(2) § 20 Abs. 1 Nr. 10 lit. b EStG – ohne eigene Rechtspersönlichkeit	160
(a) Gewinnbegriff und Umsatzgrenzen	162
(aa) Gewinne aus dem Betriebsvermögensvergleich	162
(bb) Gewinne aus der Einnahme-Überschuss-Rechnung und die Umsatz- und Gewinngrenzen des § 20 Abs. 1 Nr. 10 lit. b EStG	165
(b) Verdeckte Gewinnausschüttungen	169
(c) Nicht steuerbare Rücklagenbildung	172
b) Wettbewerbs- und Gleichheitsargumentation	174
(1) Betriebe gewerblicher Art mit eigener Rechtspersönlichkeit	175
(2) Betriebe gewerblicher Art ohne eigene Rechtspersönlichkeit	175
5. Fazit	178
V. Thesenförmige Zusammenfassung der historischen Entwicklung	180

C. Eine vergleichende Darstellung der aktuellen Regelungen im horizontalen und vertikalen Querverbundsystem	185
I. Wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand in Form von Betrieben gewerblicher Art oder Eigengesellschaften	189
1. Regiebetriebe als Betriebe gewerblicher Art	190
2. Eigenbetriebe als Betriebe gewerblicher Art	192
3. Eigengesellschaften	195
a) Steuersubjekteigenschaft der Eigengesellschaft und deren Besteuerung kraft Rechtsform	196
b) Buchführungspflicht i.S.d. § 238 HGB	198
c) Kapitalertragsteuerpflicht bei Ausschüttungen i.S.d. § 20 EStG	199
II. Die Terminologie und Wirkungsweise des Querverbundes	202
III. Die neuen horizontalen Querverbundregelungen des § 4 Abs. 6 KStG und seine Rechtsfolgen	203
1. Historische Entwicklung	205
a) Eigenbetriebsverordnung von 1938	206
b) Entscheidungen durch den Reichsfinanzhof	206
c) Entscheidungen durch den Bundesfinanzhof	208
2. Zusammenfassung gleichartiger Betriebe gewerblicher Art	210
a) Organisatorische Zusammenfassung	211
b) Differenziertes Betätigungsfeld	212
c) Einheitlicher Gewerbebetrieb i.S.d. GewStG	214
3. Zusammenfassung aufgrund einer engen wechselseitig technisch-wirtschaftlichen Verflechtung von einigem Gewicht	217
a) Gesetzesentwurf und Beschlussfassung für das JStG 2009	218
b) Das tatsächlich objektive Verhältnis	218
c) Die enge wechselseitige technisch-wirtschaftliche Verflechtung	219
d) Maßgebliche Gewichtung	222
4. Zusammenfassung von Versorgungs- und Verkehrsbetrieben	223
5. Kettenmodelle und Mitschlepptheorie	226
a) Kettenmodelle	227
b) Mitschlepp- oder Geprägetheorie	229
6. Unzulässige Zusammenfassungsformen	231
a) Hoheitliche Tätigkeiten	231
b) Einrichtungen und keine originären BgA	233
c) Zusammenfassung außerhalb der Norm des § 4 Abs. 6 KStG	234
7. Einbringung von Betrieben gewerblicher Art in eine Eigengesellschaft der juristischen Person des öffentlichen Rechts	235

8. Rechtsfolgen der Zusammenfassung im horizontalen Querverbund	238
a) Das Körperschaftsteuersubjekt	238
b) Gewinn- und Verlustverrechnung	239
c) Kapitalertragsteuer	241
d) Verlustvor- und -rücktragsmöglichkeiten i.S.d. § 8 Abs. 8 KStG	242
(1) Gleichartige Zusammenfassung	242
(2) Ungleichartige Zusammenfassung	243
9. Fazit	245
IV. Der vertikale Querverbund und seine Rechtsfolgen	246
1. Einlagemodelle	248
a) Einlage von notwendigem BV – u. a. Betriebsaufspaltung	249
(1) Sachliche Verflechtung der Betriebsaufspaltung	253
(2) Personelle Verflechtung der Betriebsaufspaltung	256
(a) Beteiligungsidentität	257
(b) Beherrschungsidentität	258
b) Einlage von gewillkürtem BV	259
c) Rechtsfolgen von Ausschüttungen bei Einlagen ins BV des Betriebs ge- werblicher Art und deren Folgewirkungen	263
(1) Einlage in gewinnbringende BgA	264
(2) Einlage in verlustbringende BgA	265
d) Fazit	267
2. Die körperschaftsteuerliche Organschaft	268
a) Einzelne Tatbestände der organschaftlichen Regelungen	269
(1) Der Organträger	270
(a) Organträger nur in Form eines gewerblich tätigen Betriebs ge- werblicher Art	272
(b) Dauerdefizitäre Betriebe gewerblicher Art als Organträger	275
(c) Organträger trotz originärer dauerdefizitärer Tätigkeit	277
(d) Organträger trotz Steuerbefreiung	278
(2) Betrieb gewerblicher Art als Organgesellschaft	280
(3) Finanzielle Eingliederung der Organgesellschaft	282
(a) Additionsmethode	284
(b) Durchrechnungsmethode	284
(4) Ergebnisabführungsvertrag / Gewinnabführungsvertrag	285
b) Heilungsmöglichkeiten – kleine Organschaftsreform 2013	288
(1) Formelle Änderungen	290
(2) Materielle Änderungen	291
c) Rechtsfolgen der Organschaft	293
d) Rechtsfolgen der verunglückten Organschaft	296
e) Fazit	298

V. Differenzierungen zwischen dem horizontalen und vertikalen Querverbund . . .	299
VI. Dauerdefizitäre Betätigungen und deren einschlägige Rechtsfolgen	302
1. Dauerdefizitäre Betätigung	304
2. Ausschlussgründe bei Dauerverlustgeschäften durch Betriebe gewerblicher Art	307
a) Verkehrspolitische Betätigung	309
b) Umweltpolitische Betätigung	310
c) Sozialpolitische Betätigung	310
d) Kultur- und Bildungspolitische Betätigungen	311
e) Gesundheitspolitische Betätigung	312
3. Ausschlussgründe bei Eigengesellschaften – 1. und 2. Alternative	313
a) Anteilseigner und Stimmrechtsverhältnisse	313
b) Verlusttragung	315
c) Hoheitliche Betätigungen	316
4. Rechtsfolgen und Ergebnis des § 8 Abs. 7 KStG	318
5. Spartenrennung i.S.d. § 8 Abs. 9 KStG	320
a) Persönlicher Anwendungsbereich	323
b) Sachlicher Anwendungsbereich	324
VII. Wahlrechte im Sinne der §§ 4 Abs. 6 und 14 KStG	327
1. Stichtag der Wahlrechtsausübung durch § 4 Abs. 6 KStG	329
2. Wahlrecht der Zusammenfassung i.S.d. § 4 Abs. 6 KStG	330
3. Wahlrechtsausübung bei der Trennung von zusammengefassten Betrieben gewerblicher Art	332
4. Wahlrechte innerhalb der ertragsteuerlichen Organschaft	335
a) Stichtag der Wahlrechtsausübung	335
b) Wahlrechte bei Ergebnisübernahmen	337
c) Wahlrechte bei vorzeitiger Beendigung	338
5. Ergebnis der Ausübungswahlrechte	341
VIII. Thesenförmige Zusammenfassung des Vergleichs der horizontalen und vertikalen Querverbundsysteme – de lege lata	342
D. Thesenförmiger Ausblick mit Reformvorschlägen – de lege ferenda	346
Literaturverzeichnis	350
Sachverzeichnis	361